

Zeitschrift: FemInfo / Verein Feministische Wissenschaft Schweiz = Association suisse femmes, féminisme, recherche
Herausgeber: Verein Feministische Wissenschaft Schweiz
Band: - (2020)
Heft: 55

Artikel: Wer bezahlt für die Krise? : Aus Erfahrung lernen
Autor: Wischnewski, Alex
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1098538>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aus Erfahrung lernen

TEXT: ALEX WISCHNEWSKI

Manch eine mag sich derzeit die Augen reiben. Bei einer der letzten Gelegenheiten, am 8. März – dem internationalen Frauen*kampftag –, füllten Hunderttausende Feminist*innen in vielen Ländern noch die Strassen, um unter anderem für mehr Anerkennung und eine bessere Absicherung von Sorgearbeiten zu demonstrieren. So wie sie es schon seit Jahrzehnten problematisieren und fordern. Wenige Tage später galten Sorge-Berufe als «systemrelevant», klatschte die Bevölkerung allabendlich vom Balkon den neuen Held*innen zu, bildeten sich solidarische Nachbarschaftshilfen. Fast konnte man meinen, das Coronavirus habe – auf dramatische Weise – dem Feminismus zum Durchbruch verholfen.

Ein kurzer Traum. Inzwischen berichten Analysen und Kommentare auch in Mainstream-Medien von der stärkeren Belastung von Frauen durch die Corona-Massnahmen. Vielfach wird gar ein Rückfall in Geschlechterverhältnisse der 1950er-Jahre beschworen. Tatsächlich sind es hauptsächlich Frauen, die die Rückverlagerung von Betreuung, Beschulung und

Pflege von Angehörigen in die Privathaushalte aufzufangen. Das hängt sicherlich mit unterschiedlichen Rollenzuschreibungen und Sozialisierungen zusammen, für viele Paare ist es aber auch schlicht eine ökonomische Notwendigkeit. In heterosexuellen Paaren verdient die Frau meistens weniger, viele Frauen arbeiten ohnehin Teilzeit. Die finanziellen Einbussen sind also geringer, wenn sie bei der Lohnarbeit Abstriche macht. Eine einfache Rechnung. So ist es fast erstaunlich, dass letztlich «nur» rund 20 Prozent der Frauen ihre bezahlte Arbeitszeit reduzierten.¹ Aber wer weiss, wie viele weitere dies im Sinne der Selbstsorge eigentlich hätten tun sollen, aber aus Angst vor Jobverlust und Karriereknick davon abgesehen haben?

Die politischen Antworten auf die Corona-Pandemie haben in Deutschland wie in vielen anderen Ländern offensichtlich darauf gebaut, dass irgendjemand diese Arbeiten schon irgendwie übernehmen wird, eben weil es gar nicht anders geht. Entlastungen wurden deshalb erst gar nicht angegangen. Vorübergehende

Wer bezahlt für die Krise?

Alex Wischnewski ist Programmleiterin Globaler Feminismus der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie hat das Netzwerk Care Revolution und das Berliner Komitee für einen feministischen Streik mitgegründet. Aktuell ist sie aktiv bei der Plattform #keinemehr gegen Femizide und Mitglied in der Partei DIE LINKE.

Massnahmen wie ein zusätzliches Corona-Elterngeld, bezahlter Erziehungsurlaub, ein Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzung oder zumindest ein Ausbau des Rückkehrrechts von Teilzeit auf Vollzeit standen nicht zur Debatte. Und auch im Konjunkturpaket als Antwort auf die kommende Wirtschaftskrise finden sich neben einem Entlastungsbetrag für Alleinerziehende und einem indirekt und sehr beschränkt wirkenden Kinderbonus keine Instrumente, die darauf zielen, die für viele Frauen durch die Schliessungen öffentlicher Einrichtungen entstandenen Nachteile auszugleichen oder die Verhältnisse, in denen Sorge bezahlt und unbezahlt geleistet wird, nachhaltig abzusichern.

Das lässt für die erst noch bevorstehende Krise Bitteres erwarten. Denn auch in der letzten Wirtschaftskrise ab 2008 waren es in der EU weniger die direkten Effekte, sondern erst die politischen Antworten, die zulasten von Frauen gingen.² Die Austeritätspolitik setzte ganz besonders an jenen Infrastrukturen an, die für die Sorge für sich und andere notwendig sind: im Gesundheitsbereich, in der Pflege, bei Bildung und Erziehung. Das betraf Frauen doppelt. Zum einen sind sie in diesen Feldern überwiegend tätig, zum anderen

fangen sie die Folgen des sozialstaatlichen Rückzugs wiederum in ihren Familien auf.

Zu hoffen ist, dass für soziale und feministische Bewegungen durch die gesellschaftliche und mediale Aufmerksamkeit heute andere Ausgangsbedingungen existieren, um dem entschieden entgegenzutreten oder gar darüber hinausweisende Perspektiven zu eröffnen.

Die Krise hat uns nicht nur gezeigt, dass wir alle auf die Sorge umeinander, wenn auch in unterschiedlicher Form und Ausprägung, angewiesen sind, sondern auch, dass diese Sorgearbeit ein starkes affektives Moment besitzt. Dessen Bedeutung wurde durch die Beschränkung und Transformation während der Quarantäne und der sozialen Distanzierung für breite

- 1 Allmendinger, Jutta: Der lange Weg aus der Krise: www.wzb.eu/de/forschung/corona-und-die-folgen/corona-studie-zeigt-die-realitaet-unter-dem-brennglas.
- 2 Wischnewski, Alex: Die Krise hat ein Geschlecht: www.rosalux.de/publikation/id/39999/die-krise-hat-ein-geschlecht.

Wer bezahlt für die Krise ?

3 «Feminist emergency plan in the face of the Coronavirus crisis» released in Chile: www.towardfreedom.org/blog-blog/chilean-womens-movement-releases-feminist-emergency-plan-in-the-face-of-the-coronavirus-crisis.

Bevölkerungsschichten am eigenen Leib erfahrbar. Wenn wir uns nach der Interaktion mit anderen Menschen gesehnt haben, auch über unseren Haushalt hinaus, dann meinten wir die vielfältigen, zuvor häufig unsichtbaren Ausdrucksweisen von Aufmerksamkeit, Anerkennung, Zuneigung. Dieses affektive Moment gilt für unsere privaten Nahbeziehungen, für die Menschen, die wir lieben, es gilt aber ebenso für jegliche Sorgearbeit – also auch für die öffentliche: für die Pflege in Krankenhäusern etwa, oder die sogenannte Fremdbetreuung von Kindern.

Wenn wir in Zukunft über gute Pflege und weitere Sorgetätigkeiten diskutieren, müssen wir über eine ihrer Systemrelevanz angemessene Entlohnung für Sorgeberufe reden und über einen Ausbau jener Infrastruktur, die gerade grosse Anerkennung erfahren hat, weil sie unser Überleben sicherte und sichert. Aber es sollte unbedingt auch das Moment des Kümmerns in Debatten und Planungen einbezogen werden, wie es bisher selbst in linken Konzepten nicht geschieht. Nicht zuletzt auch deshalb, weil es noch immer als «weiblich» beschrieben und beides zusammen abgewertet wird. Das Affektive wirklich wertzuschätzen, könnte deshalb auch eine weiterreichende anti-patriarchale Wirkung entfalten. Konkret geht es dann vor allem um mehr Zeit – und das bedeutet ebenso: Absicherung dieser Zeit – für affektive Arbeit. Die Forderung nach einer Personalbemessung ist dafür äusserst relevant, ebenso wie jene nach einer allgemeinen und dauerhaften Arbeitszeitverkürzung bei Lohnausgleich.

Doch nicht nur das Aufmerksamkeitsfenster unterscheidet die Situation von jener von 2008. In den letzten Jahren ist eine starke feministische und internationale Bewegung gewachsen, die Kommunikationswege und kreative Kampfmittel erprobt hat. In Chile hat die Koordination 8M, die noch vor Kurzem mehr als eine Million Menschen mobilisierte, einen «feministischen Notfallplan angesichts der Coronavirus-Krise»³ entwickelt, der zu direktem Handeln auffordert. Um Massnahmen zu erzwingen, wie etwa eine bezahlte Freistellung für die Sorge von anderen, die Anerkennung von Kinderbetreuung zuhause als Arbeitszeit oder den kostenlosen Zugang zu Gesundheitsversorgung, wird ein Streik für all jene produktiven Arbeiten gefordert, die nicht direkt das

Wer bezahlt für die Krise?

- 4 Wischnewski, Alex: In Krisenzeiten werden Männer gewalttätiger: www.freitag.de/autoren/der-freitag/in-krisenzeiten-werden-maenner-gewalttaetiger.
- 5 Wie kann in Corona-Zeiten Solidarität organisiert werden? In: ak – analyse & kritik – Zeitung für linke Debatte und Praxis, 660, 19.5.2020: www.akweb.de/ak_s/ak660/40.htm.

Gesundheitssystem und die Versorgungslage beeinträchtigen. Darüber hinaus enthält der Notfallplan Vorschläge für lokale Solidaritätsnetzwerke, die nicht nur Kinderbetreuung für Beschäftigte in der Sorgearbeit bedenken, sondern auch Unterstützung für Frauen, die von Partnerschaftsgewalt betroffen sind. Ein Problem, das insbesondere in Zeiten von Krisen zunimmt und durch Quarantäne und Ausgangssperren noch verstärkt wird.⁴

Ebenso wie der chilenische Plan, gibt es weitere feministische Initiativen, die in verschiedene Sprachen übersetzt, zwischen den Bewegungen ausgetauscht und in Videokonferenzen mit internationaler Beteiligung diskutiert und weiterentwickelt werden. In Zeiten, in denen der Nationalstaat wie schon lange nicht mehr heraufbeschworen wird, organisieren sich zahlreiche feministische Bewegungen gleichzeitig internationalistisch und lokal. Sie zeigen uns auch, dass es schon jetzt Wege gibt, um vom Staat mehr einzufordern und trotzdem selbstorganisierte Netzwerke aufzubauen, die über das Füreinander-einkaufen-Gehen hinausreichen. Dabei wird von besonderer Bedeutung sein, wie die klatschende Bevölkerung und solidari-

schen Nachbarschaften tatsächlich nachhaltig eingebunden werden können. Gerade die Schere zwischen einem Fokus auf die Situation von Frauen in grossen Medien und den mangelnden politischen Antworten in Deutschland zeigen die Bedeutung eines breit angelegten Drucks aus der Bevölkerung. Die aktuelle Situation erzeugt hier neue Herausforderungen. Die Kontaktbeschränkungen haben eine Ansprache noch nicht organisierter Menschen erschwert.⁵ Digitale Instrumente gehen häufig nicht über die eigene Social-Media-Blase hinaus. Hinzu kommt die profane Realität, dass viele Personen, die ansprechbar wären, schlicht unter Erschöpfung leiden. Ein Weg könnte deshalb sein, die selbstorganisierten Netzwerke und direkten Nachbarschaftshilfen nicht als von der politischen Organisation getrennt zu begreifen, sondern beides sehr viel stärker miteinander zu verbinden und deutlich zu machen, dass es um politische Entscheidungen geht. Im besten Fall ergibt sich dadurch ein Mobilisierungspotenzial, wenn es um die Frage geht, wer für die Krise bezahlen wird. Denn an dieser Frage wird sich jegliche Perspektive entscheiden.